



INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR

Raumentwicklung – quo vadis?

Das BBR arbeitet kontinuierlich an Prognosen und Szenarien zur Raumentwicklung. Denn wenn die Politik, speziell die Raumordnungspolitik, die Zukunft mitgestalten will, muss sie sowohl von einer kritischen Analyse der aktuellen Wirklichkeit ausgehen als auch von einer realistischen Einschätzung des in der Zukunft Möglichen. Vorstellungen über wahrscheinliche, langfristige Perspektiven des raum- und siedlungsstrukturellen Wandels sind Voraussetzung für eine aktive Raumordnungspolitik, für die Entwicklung von raumplanerischen Leitbildern und Strategien.

Solche Raumentwicklungsszenarien sind Gegenstand eines aktuellen Themenheftes der „Informationen zur Raumentwicklung“. Hauptanliegen ist, Szenarien aus verschiedenen Nachbarstaaten zu präsentieren und mit Szenarien aus Deutschland zu vergleichen. Die Szenarien spiegeln sowohl Raumordnungsprobleme wider, mit denen alle hochentwickelten westeuropäischen Staaten zu tun haben, als auch jeweils spezifische Problemstellungen. Die Ähnlichkeiten in den Problembeschreibungen und normativen Lösungs- bzw. Alternativszenarien sind dabei in jedem Fall sehr viel größer als die Abweichungen.

Um das Themenheft überschaubarer zu halten, wurde bei der Auswahl der ausländischen Szenariostudien das Kriterium der Aktualität stark in den Vordergrund gestellt. Unter diesem Aspekt wurden langfristige Raumentwicklungsszenarien aus Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz ausgewählt. Hinzu kommen Szenarien aus dem grenzüberschreitenden Raumentwicklungskonzept Saar-Lor-Lux, an deren Erstel-

lung mehrere Nachbarländer beteiligt waren. Zudem werden einige Szenarien für Deutschland vorgestellt, die jüngst im Rahmen einer Studie des BBR entwickelt worden sind.

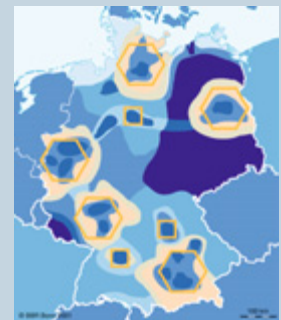
Probleme der Zukunft – Trendszenarien

Zwischen den im Heft vorgestellten Langfristszenarien der Raum- und Siedlungsstrukturentwicklung zeigen sich schon auf den ersten Blick Ähnlichkeiten. Sie verdanken dies vermutlich nicht zuletzt dem Tatbestand, dass die benachbarten Staaten und Deutschland von ähnlichen räumlichen Entwicklungs- und Ordnungsproblemen betroffen sind und den Szenarien daher ähnliche Cluster von Annahmen in Bezug auf künftige Raumentwicklungen oder künftig erforderliche Strategien zugrunde liegen.

Zentrale Merkmale der „Trendszenarien“ sind eine uneingeschränkte interregionale Konkurrenz und eine fortgesetzte staatliche Deregulierung, wodurch ein Prozess starker räumlicher Polarisierung sowohl im Staatsraum als auch in intraregionalen Zusammenhängen ausgelöst wird. Eindeutiger Gewinner dieses Prozesses ist eine kleine Zahl ausgewählter Metropolregionen.

Schon die Überschriften dieser Szenarien sind kennzeichnend:

- „Der auseinandergebrochene Archipel – ein neoliberales Szenario“ – im französischen Fall
- „Die Niederlande – ein Überlebensraum“
- „Die reiche und isolierte Schweiz“ bzw. die „Die schwankende und selbstbezogene Schweiz“
- „Deregulierung und raum- und siedlungsstrukturelle Polarisierung“ – das BBR-Szenario „Trend“



Trendszenario Bevölkerungsentwicklung 2020 bis 2050

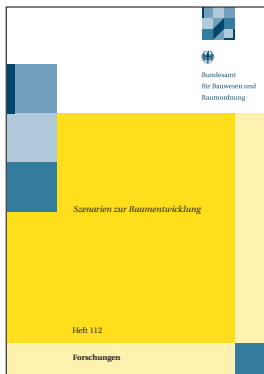
Inhalt:

- Raumentwicklung – quo vadis?
- Raumordnungsprognose 2020
- Fläche im Kreis
- Stadt und Wirtschaft – Strategische Allianzen
- Mobilität kreativ gestalten, Verkehr zukunftsfähig planen
- Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften legt Gutachten vor
- Forum Bau und Raum „SUBURBIA“
- BBR-Jahrbuch Bau und Raum 2004 erschienen

Raumentwicklungsszenarien
aus Nachbarstaaten
IzR-Heft 1/2.2004,
12,00 Euro (zzgl. Versand)



Szenarien zur Raum-
entwicklung
FzR-Heft 112
15,00 Euro (zzgl. Versand)



Die Veröffentlichungen
können beim
Selbstverlag des BBR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 018 88 – 401 22 92
E-Mail:
selbstverlag@bbr.bund.de
bezogen werden.

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Gerhard Stiens
Theodor-Brinkmann-
Straße 22
53155 Bonn

Dr. Horst Lutter
Referat I 1 „Raum-
entwicklung“
Tel.: 018 88 – 401 23 12
Fax: 018 88 – 401 23 56
E-Mail:
horst.lutter@bbr.bund.de

Die meisten der Großstädte und Regionen, die außerhalb der wenigen großen und florierenden Agglomerations- oder Metropolregionen gelegen sind, gehören nach den ersten Jahrzehnten des neuen Jahrhunderts zur Kategorie der gesellschaftlich „langsameren“ und zugleich ärmeren Regionalgesellschaften. Sie sind abgekoppelt von der extrem beschleunigten Wirtschaft und Gesellschaft der prosperierenden Großregionen, unterliegen aber dennoch stark den Einflüssen aus diesen Räumen. So gut wie alle dieser außerhalb der großen Agglomerationen oder Metropolräume gelegenen Regionen haben schon lange unter z. T. starken Schrumpfungen und Strukturveränderungen zu leiden (im BBR-Szenario etwa in den neuen Bundesländern).

Szenarien gelungener Raumentwicklung

Neben den mehr oder weniger „trendbeschreibenden“ Szenarien gibt es in größerer Zahl so genannte „normative Szenarien“. Sie beschreiben – vor Zeithorizonten zwischen 20 und 40 Jahren – jeweilige Zukünfte nationaler Raum- und Siedlungsstrukturentwicklung. Dabei kommen entweder aktuelle raumordnerische Leitbilder in den Staatsräumen zur Verwirklichung oder aber sonstige Vorstellungen von gelungener Raumentwicklung, z. B. einer, in der das Nachhaltigkeitsziel der Raumordnung verwirklicht wird.

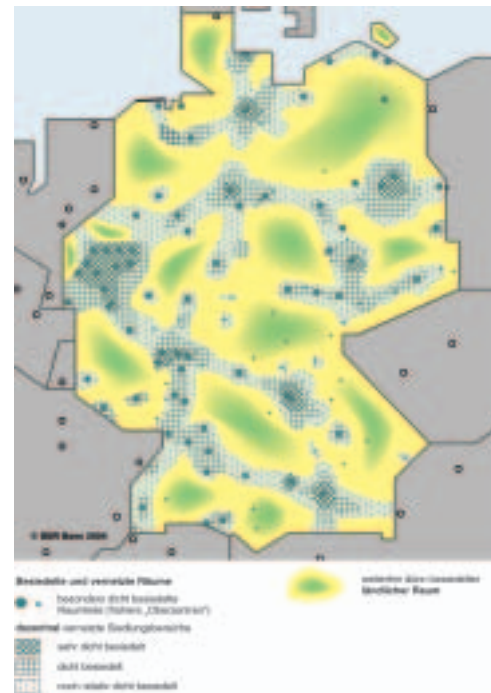
Das Szenario „Raum- und Siedlungsstruktur der Nachhaltigkeit“ des BBR stellt ein echtes Alternativszenario im Sinne einer „Vision“ dar: Zwar gibt es bereits Vorstellungen zu einer solchen Raum- und Gesellschaftsstruktur der Nachhaltigkeit und auch einen entsprechenden Diskurs darüber, doch sind gegenwärtig und auf absehbare Zeit keine Institutionen und Akteure sichtbar, von denen wirkungsvolle Umsetzungsaktivitäten ausgehen könnten. Es überrascht nicht, dass auch für die Schweiz – mit dem Szenario „Nachhaltige und solidarische Schweiz“ – eine normative Exploration dieser Art vorliegt. Auch im französischen Szenario „Die vernetzte Polyzentralität – ein Szenario räumlicher Ausgeglichenheit“ gibt es viele Elemente, die die „Vision“ einer nachhaltigen Gesellschafts- und Raumstruktur beschreiben.

Die Mahnung aller Studien:

Grenzen der Deregulierung beachten

Ohne dass wieder stärkere Regulationsanstrengungen auf europäischer und nationaler Ebene unternommen werden, können

Gesellschaft und Raumstruktur der Nachhaltigkeit



die künftigen Erfordernisse von Gesellschaft und Wirtschaft sowie deren Ansprüche an den Raum vermutlich kaum bewältigt werden. Ein nicht nur rhetorischer, sondern tatsächlicher Einstieg in eine nachhaltige Gesellschaft und Raumentwicklung kann auch nur auf der Basis wieder stärkerer Regulation gelingen. Gleiches gilt für die Schaffung sozialpolitisch und sozialräumlich neuer Strukturen, mit denen die Solidarität mit Bevölkerungsteilen in „ungünstigen“ Raumlagen tatsächlich zu gewährleisten ist.

Zusatzbemerkung in eigener Sache

Die Zukunft bewegt Politik und Gesellschaft – und die Medien. „Deutschlands Zukunft“ ist das Titelthema des Maiheftes der Zeitschrift GEO (GEO Nr. 5/2004). Das Heft versucht Antworten auf die Frage zu geben, wie es aussehen wird, das Deutschland des Jahres 2020. In einer Beilage „Kreise und Städte im Test“, die auf einer Studie „Deutschland 2020 – die demographische Zukunft der Nation“ des Berlin-Instituts für Weltbevölkerung und globale Entwicklung beruht, wird ausführlich über den demographischen Wandel Deutschlands berichtet – mit großem Echo in der überregionalen Presse. Es soll hier nicht verschwiegen werden, dass sich die Studie des Berlin-Instituts im Wesentlichen auf Forschungsergebnisse des BBR stützt, insbesondere die Regionale Bevölkerungsprognose 2020 sowie Indikatoren aus der Laufenden Raumbeobachtung des BBR. Aktuelle Ergebnisse der Raumordnungsprognose 2020 siehe nächste Seite.

Raumordnungsprognose 2020

Regionen und Städte im demographischen Wandel

Das BBR arbeitet kontinuierlich an Raumordnungsprognosen. Neben der schon 2003 als CD-ROM „INKAR PRO“ veröffentlichten regionalen Bevölkerungsprognose 2020 werden in dem aktuellen IzR-Themenheft erstmals Prognosen der privaten Haushalte und der Erwerbspersonen vorgestellt. Zudem enthält das Heft eine Prognose der Arbeitsplätze bzw. deren regionaler Anteile bis 2010, die von F.-J. Bade (Universität Dortmund) erstellt wurde.

Die immer stärkere räumliche Ausdifferenzierung der Prognosen (inzwischen bis auf die Kreisebene) führte zu einer Vervielfachung der Prognoseergebnisse. Deren Verbreitung geschieht parallel zum IzR-Heft auf der CD „ROP 2020“. Umfangreiche Tabellen für die drei Bereiche Bevölkerung, private Haushalte und Erwerbspersonen, ausgewählte Graphiken und Karten sowie die zugehörigen drei Aufsätze des IzR-Hefes vermitteln dem CD-Nutzer ein detailliertes Bild der räumlichen Entwicklung demographischer und demographie-naher Merkmale.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Ergebnisse aller Prognosen, dass die Entwicklungsdynamik regional gespalten bleiben wird. Einer immer größer werdenden Gruppe von Kreisen mit Schrumpfungstendenzen steht eine – kleiner werdende – Gruppe mit teils noch kräftigem Wachstum gegenüber. Der Gleichzeitigkeit von Wachstums- und Schrumpfungprozessen entspricht eine Vielzahl von Problemkonstellationen. Der politische Handlungsbedarf wird sehr unterschiedlich sein. Für die Politikbereiche Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen zeichnen sich auf Bundesebene folgende Aufgaben und Handlungsfelder ab:

- *Raumordnerische Ziele und Leitbilder ergebnisoffen prüfen*

Die Sicherstellung einer angemessenen regionalen Infrastrukturausstattung unter den Bedingungen des demographischen Wandels erfordert eine Überprüfung traditioneller Ziele der Raumordnung. Letztlich muss das Postulat gleichwertiger Lebensverhältnisse gelockert werden, um neue Wege der „Schrumpfungplanung“ einzuschlagen.

- *Den Koordinierungsauftrag der Raumordnung aktiver wahrnehmen*

Den Trägern von Einrichtungen und Diensten der öffentlichen Daseinsvorsorge gegenüber hat die Raumordnung einen Koordinierungsauftrag. Die aufgrund des demographischen Wandels unabdingbare Aufgabe der Anpassung regionaler Versorgungsstrukturen verlangt nach raumordnerischen Weichenstellungen hinsichtlich der Wahrnehmung dieses Koordinierungsauftrags.

- *Nachhaltige Stadtentwicklung in schrumpfenden Städten als neue Gestaltungsaufgabe begreifen und fördern*

Statt lediglich Wachstum räumlich zu verteilen, wird Stadtentwicklungspolitik künftig auch rückläufige Entwicklungen unter sozialen, ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten umfassend nachhaltig gestalten. Stadtentwicklung heißt in Zukunft in erster Linie „Bestandsentwicklung“. Stadtumbau wird kein „resignativer Rückzug“, stattdessen gilt es, eine neue „Qualitätsoffensive“ für den Lebensraum Stadt zu starten.

- *Mit regionalisierter Wohnungspolitik auf unterschiedliche Entwicklungen antworten*

Die ROP 2020 zeigt: Räumliche Unterschiede nehmen zu. Neben Räumen mit immer noch wachsender Nachfrage nach Wohnungen und angespannten Märkten treten zunehmend Teilräume mit Wohnungsleerständen. Vor diesem Hintergrund wird eine wohnungspolitische Neuorientierung im Sinne einer regionalisierten Wohnungspolitik wahrscheinlich, d.h. eine Aufgabenverlagerung von der gesamtstaatlichen Ebene auf die Regionen.

- *Über Information und Kommunikation Problembewusstsein schaffen und neue Lösungsansätze vermitteln*

Anpassungsprozesse in den Regionen und Städten werden sich nicht mechanisch einstellen. Politikänderungen setzen voraus, dass sie zu einem ernsthaft diskutierten öffentlichen Thema werden. Deshalb ist es wichtig, umfassend und laufend über den demographischen Wandel und seine räumlichen Folgen zu informieren und die Diskussion darüber zu intensivieren.

Veröffentlichungen:
Raumordnungsprognose
2020



Die Veröffentlichungen können beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Fax: 018 88 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 12,00 Euro (IzR) 50,00 Euro (ROP 2020) 100,00 Euro (INKAR PRO) (zzgl. Versand) bezogen werden.

Ansprechpartner:

Dr. Hansjörg Bucher
Referat I 1 „Raumentwicklung“
Tel.: 018 88 – 401 23 20
Fax: 018 88 – 401 23 56
E-Mail: hansjoerg.bucher@bbr.bund.de



Fläche im Kreis

Modellstädte und Regionen für das neue ExWoSt-Vorhaben „Fläche im Kreis – Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung“ gesucht

„**Fläche im Kreis**“ – so lautet der plakative Kurztitel des neuen Forschungsfeldes des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt). Produktionskreisläufe sind in der industriellen Fertigung oder etwa auch in der Wasserwirtschaft seit langem Standard. Doch bei der Flächennutzung haben Kommunen, Bürger, Planung und Politik in den vergangenen Jahrzehnten meist auf Erweiterungen und Neubau gesetzt. Inzwischen ist die Flächeninanspruchnahme vielerorts an ihre Grenzen gestoßen – nicht nur, weil es in Agglomerationsräumen zunehmend weniger bebaubare Freiflächen gibt, auch deshalb, weil unterausgelastete oder leerstehende Infrastruktur immer kostspieliger wird.

Ziel von „Fläche im Kreis“ ist es, im Rahmen von Planspielen Lösungsansätze zur Umsetzung der flächenpolitischen Ziele der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu ermitteln. Im Mittelpunkt steht die Vision einer städtischen bzw. stadtrationalen Flächenkreislaufwirtschaft.

Unter **Flächenkreislaufwirtschaft** wird ein Bewirtschaftungsansatz für die gesamte Stadt oder Stadtregion verstanden, der vorrangig und systematisch die Ausschöpfung von Potenzialen der Bestandsentwicklung und der Inwertsetzung von Brachflächen verfolgt, gleichwohl die unter bestimmten Bedingungen erforderliche Inanspruchnahme neuer Flächen zulässt.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) wurde vom BBR mit der Begleitforschung des neuen Forschungsfeldes beauftragt. Im Auftrag des BBR schreibt das Difu die **Beteiligung an Planspielen zur städtischen/stadtregionalen Flächenkreislaufwirtschaft** aus.

Ziel der Planspiele ist es, Lösungsansätze für eine städtische bzw. stadtrationale Flächenkreislaufwirtschaft zu ermitteln. Gesucht wird ein Policy-Mix zur Erreichung der Flächenziele der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

Die **Planspiele** erstrecken sich von Dezember 2004 bis Juni 2006. Vorgesehen ist das Durchspielen von drei Spiel-Varianten: „Status quo“, „Innovativer Instrumenteneinsatz zur Steuerung von Wachstumsprozessen“ und „Innovativer Instrumenteneinsatz zur

Steuerung von Umbau- und Rückbauprozessen“.

An den Planspielen sollen sich vor Ort Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltungen, Immobilienwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Handel und anderen relevanten gesellschaftlichen Gruppen beteiligen.

Jede der fünf Planspiel-Städte/Stadtregionen erhält für die Teilnahme an den Planspielen pauschal einen Betrag von 10.000 Euro. Zudem ist die Erstellung und Finanzierung von Vor-Ort-Expertisen vorgesehen.

An der Ausschreibung können Städte und Gemeinden aller Größenklassen, Landkreise, Stadt-Umland-Verbände sowie andere interkommunale oder regionale Organisationen teilnehmen.

Für die Bewerbung zur Teilnahme an den Planspielen ist ein Bewerbungsbogen einzureichen, der sich in zwei Teile gliedert:

1. Mantelbogen zum gesamten Bewerbergebiet
2. Gemeindebogen für jede an der Bewerbung beteiligte Gemeinde

Formlose Interessenbekundungen für eine Teilnahme am Planspiel (1. Stufe des Bewerbungsverfahrens) sollten bis zum 15. Juli 2004 bei der Forschungsgruppe „Fläche im Kreis“ eingehen. Die vollständigen **Bewerbungsunterlagen** (2. Stufe des Bewerbungsverfahrens) sind bis zum 13. August 2004 per Post zu übermitteln an:

Deutsches Institut für Urbanistik
Forschungsgruppe „Fläche im Kreis“
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin

Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützen die Durchführung des ExWoSt-Vorhabens „Fläche im Kreis“.

Der **ausführliche Ausschreibungstext** sowie die Bewerbungsunterlagen sind unter www.bbr.bund.de/wettbewerbe/forschung.htm sowie www.flaeche-imkreis.de abrufbar bzw. direkt beim Deutschen Institut für Urbanistik anzufordern. Ansprechpartner ist Herr Thomas Preuß, Telefon: 030 – 39 001 - 265; E-Mail: preuss@difu.de



Ansprechpartner:

Dr. Fabian Dosch
Dr. Peter Jakobowski
Referat I 5 „Verkehr und Umwelt“
Tel.: 018 88 – 401 23 07
Tel.: 018 88 – 401 22 43
Fax: 018 88 – 401 22 60
E-Mail:
fabian.dosch@bbr.bund.de
peter.jakubowski@bbr.bund.de

„Stadt und Wirtschaft – Strategische Allianzen“

Können Kommunen ihren städtebaulichen Aufgaben noch allein gerecht werden?

Unter der Überschrift „Stadt und Wirtschaft – Strategische Allianzen“ haben das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, die Bauministerkonferenz der Länder und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag am 18. und 19. März 2004 Vertreter von Städten, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ins Haus der Deutschen Wirtschaft nach Berlin eingeladen.

Namhafte Referenten und Podiumsteilnehmer, u.a. Dr. Manfred Stolpe, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, präsentierten und diskutierten mögliche Kooperationsansätze zur Verknüpfung von öffentlichen Planungs- und Stadtentwicklungsinteressen mit Unternehmensperspektiven.



Dr. Manfred Stolpe,
Bundesminister für
Verkehr, Bau- und
Wohnungswesen:

„Die Bundesregierung will Impulse geben, damit durch langfristig angelegte Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft öffentliche Infrastrukturvorhaben effizienter realisiert werden als bisher.“

Das direkte Aufeinandertreffen von Akteuren aus allen Handlungsbereichen der Städte prägte die Foren und Podien des Kongresses und ermöglichte es, Ansprüche und Anforderungen bei der Zusammenarbeit zu formulieren. Ob Handel, Immobilienwirtschaft, Wohnungswirtschaft oder Politik und Verwaltung – der Kongress „Stadt und Wirtschaft – Strategische Allianzen“ bildete einen wichtigen Baustein des Dialogs für die Stärkung unserer Städte und lieferte Impulse für einen verstetigten Austausch zwischen kommunalen und wirtschaftlichen Akteuren.

Verantwortliche aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft haben konstruktiv über neue Wege des Miteinanders für unsere Städte diskutiert. Wirtschaft und Kommune gehören dabei untrennbar zusammen. Auf dem Kongress ist die Einsicht in die Notwendigkeit und die großen Potenziale der Kooperation auf allen Seiten ebenso betont worden wie gewachsen. Die präsentierten Überle-

gungen und Beispiele zeigen die immer größere Offenheit für projektbezogene und strategische Allianzen zwischen Stadt und Wirtschaft. Dies bildet eine wichtige Grundlage für eine breitere Kooperationskultur in Deutschland.



Helmut Holter,
Minister für Arbeit, Bau
und Landesentwicklung
des Landes
Mecklenburg-Vorpom-
mern, Vorsitzender der
ARGEBAU:

„Wir müssen die Städte stärken, wo immer das möglich ist.“

In den Berliner Kongresstagen wurde ein wichtiger Trend deutlich, der guten Nährboden für eine breite Kooperationskultur in Deutschland bildet: In den Podien und Foren war immer wieder herauszuhören, dass sich Wirtschaft und öffentliche Hand, gerade was die Erwartungen an den jeweils anderen Partner angeht, aufeinander zu bewegen. Dabei wurde deutlich, dass keine Patentrezepte, sondern individuelle und kreative Lösungen zur Bewältigung der anstehenden Probleme notwendig sind. Dass Kommunen weiter für die Daseinsvorsorge verantwortlich sind, steht außer Frage. Die öffentliche Hand muss zudem verlässliche Rahmenbedingungen setzen. Aufgabe der Wirtschaft ist es, Ideen für innovative und kostengünstige Problemlösungen beizutragen. Es gilt, weitere Modelle dafür zu entwickeln, wie Staat, Bürger und Unternehmen gemeinsam Zukunftsaufgaben lösen können. Eine geeignete Plattform bieten u.a. die Industrie- und Handelskammern.

Bereitschaft zum Dialog, strategische Allianzen zwischen Stadt und Wirtschaft, aber auch die verstärkte Einbindung von Bürgern werden die künftigen Handlungsmuster in unseren Städten prägen. Die Vertreter der Städte und Gemeinden sowie die Wirtschaftsvertreter haben daher einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch vereinbart. Dazu gehört auch, auf allen Ebenen den Wissenstransfer und den Austausch guter Beispiele zu fördern.



Bundesministerium
für Verkehr, Bau-
und Wohnungswesen



BAUMINISTERKONFERENZ
KONFERENZ DER FÜR STÄDTEBAU, BAU- UND WOHNUNGSWESEN
ZUSTÄNDIGEN MINISTER UND SENATOREN DER LÄNDER (ARGEBAU)



Ansprechpartner:

Dr. Peter Jakobowski
Referat I 5 „Verkehr und
Umwelt“

Tel.: 018 88 – 401 22 43

Fax: 018 88 – 401 22 60

E-Mail:

peter.jakubowski@

bbr.bund.de

Kongressagentur:

FIRU-mbH Kaisers-
lautern

Kontakt:

Frau Dipl.-Ing. S. Herz
Bahnhofstraße 22

67655 Kaiserslautern

Tel.: 0631 – 362 45 23

E-Mail:

s.herz@firu.mbh.de

Im Gesprächsforum „Mobilitätsdiskurs – Welche Mobilität wollen wir haben?“ diskutierten 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Verwaltungen, Unternehmen und Wissenschaft, wie die bisherige Verkehrspolitik weiter entwickelt werden kann zur nachhaltigen Mobilitäts politik. Das Forum wurde gemeinsam vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn, der Mobilitätsinitiative (moin) sowie dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) für Sozialforschung veranstaltet.

**Ansprechpartner
Mobilität kreativ
gestalten, Verkehr
zukunfts-fähig planen:**

Gerd Würdemann
Referat I 5 „Verkehr und Umwelt“
Tel.: 018 88 – 401 23 02
Fax: 018 88 – 401 22 60
E-Mail:
gerd.wuerdemann
@bbr.bund.de

**Ansprechpartner
Expertenkommission
Wohnungsgenossen-
schaften legt Gutach-
ten vor:**

Barbara Crome
Referat II 12
„Wohnungspolitische
Analysen und Konzepte“
Tel.: 018 88 – 401 12 20
Fax: 018 88 – 401 12 19
E-Mail:
barbara.crome
@bbr.bund.de

Mobilität kreativ gestalten, Verkehr zukunfts-fähig planen

Wie kann nachhaltige Mobilität zum öffentlichen Thema gemacht werden? war die Ausgangsfrage am 19. März 2004 im Wissenschaftszentrum Berlin. Denn Mobilität ist weit mehr als Verkehr bzw. Transport von Personen und Gütern von A nach B mit technischen Hilfsmitteln. Emotionen, Spaß an Bewegung, Nähe und Ferne, Heimat und Freunde in aller Welt, Status und Freiheit, aber auch Ängste und Lärm sind damit berührt. Lebensstile, Mode und Trends drücken sich in unterschiedlichen Mobilitätsformen aus. Es geht um die Mobilität von Menschen, Sachen und Informationen. Straßen, Plätze und Wege aller Art sind sowohl wichtig für Ortsveränderungen als auch für Aufenthalt, Begegnung und Austausch.

Verkehrspolitische Debatte muss beweglicher werden

Bei aller zeitgemäßen Erfordernis von Mobilität und Flexibilität, wird ein „Weiter so“ – so postulierte es Eckhard Kuhla von der Mobilitätsinitiative *moin* – zu lange betrieben, ist angesichts der langen Vorlauf- und Umstellungszeiten in Infrastruktur, Siedlungs- und Raumstrukturen, Kraftfahrzeugflotten mit zunehmender Wahrscheinlichkeit mit einer „harten Landung“ zu rechnen. Ökologische Probleme gehen mit sozialen und ökonomischen Problemen in diesem Fall Hand in Hand. Daher ist es dringlich, jetzt mit einer Umorientierung zu beginnen.

Wir brauchen ein Leitbild Mobilitätsvielfalt

Die gegenwärtige verkehrspolitische Fixierung auf Infrastrukturbereitstellung und Instrumentendiskussion bildet noch kein zukunfts-fähiges Konzept. Es fehlt die Leitbild-/Sinn-Diskussion.

Die Antwort auf die Frage „welche Art mit welchem Verkehr ist gesellschaftlich verantwortlich?“ hängt von den raumstrukturellen Optionen, vom politisch gewollten und finanzierbaren Verkehrsinfrastrukturangebot – d.h. auch wie „schnell“ müssen wir mit den globalisierten Warenströmen konkurrieren – und von den Rahmenbedingungen ab. Dazu fehlt der öffentlicher Diskurs, der die Koexistenz von Widersprüchen auslotet. Ein Anfang wurde mit diesem Gesprächsforum gemacht.

Expertenkommission Wohnungsgenossen- schaften legt Gutachten vor

Im Sommer 2002 hat der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen die Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften mit dem Ziel einberufen, das selbstbestimmte genossenschaftliche Wohnen als dritte tragende Säule neben dem Wohnen zur Miete und dem Wohnen im Eigentum weiter zu entwickeln und die Zukunft der genossenschaftlichen Idee zu sichern. Der rd. 750 Seiten umfassende Endbericht wurde von der Kommission am 27. April 2004 im Rahmen einer Pressekonferenz Herrn Minister Stolpe überreicht. Unter Leitung von Senator a.D. Jürgen Steinert haben 14 Experten aus genossenschaftlicher Praxis und Wissenschaft Potenziale und Perspektiven der Wohnungsgenossenschaften ermittelt. Mit der fachlichen und organisatorischen Begleitung der Kommission war vom BBR das Hamburger Beratungsinstitut Analyse & Konzepte und das Institut für Genossenschaftswesen an der Universität Marburg beauftragt worden.

Aufgabe der Kommission war es, die heutige Situation der Wohnungsgenossenschaften in Deutschland zu analysieren und ihre Leistungspotenziale darzustellen sowie mögliche Handlungsfelder und Marktchancen aufzuzeigen. Die Analysen der Experten ergaben Handlungsfelder insbesondere in den Bereichen Finanzierung, Kommunikation und Marketing, Kooperationen, Möglichkeiten der Altersvorsorge und bei der Gestaltung der Förderbedingungen. Als Ergebnis der Kommissionsarbeit wurde deutlich, dass Wohnungsgenossenschaften künftig eine größere Bedeutung auf den Wohnungsmärkten und in der sozialen Stadtentwicklung erhalten sollen und sie sich dabei den neuen Herausforderungen der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse stellen müssen. Auf dieser Grundlage hat die Kommission detaillierte Empfehlungen an die Politik, die Wohnungsgenossenschaften und an die Verbände formuliert.

Im Juli 2004 wird der Bericht mit dem Titel „Wohnungsgenossenschaften – Potenziale und Perspektiven“ beim Verlag Duncker & Humblot GmbH, Berlin, als Buch erscheinen.

Kurzfassung und Empfehlungen des Kommissionsgutachtens unter www.bmvbw.bund.de

Forum Bau und Raum „SUBURBIA“

Unter dem Titel „SUBURBIA: Perspektiven jenseits von Zersiedelung“ erschien im April 2004 die erste Ausgabe der neuen Publikationsreihe „Forum Bau und Raum“.

Sie versteht sich als komplementär zu den bisherigen Veröffentlichungen des BBR. Zum einen ergänzt sie die bestehenden wissenschaftlichen Fachzeitschriften und Reihen des BBR und erweitert sie thematisch, insbesondere um die Bereiche der Architektur und des (Stadt)Bauwesens. Zum anderen zielt das neue Format auf knappe und pointierte Beiträge: Es geht hier weniger um wissenschaftliche Fundierung, als vielmehr darum, in bestimmten Fragen „Stellung zu beziehen“. Jeweils einem Schwerpunktthema gewidmet, sollen Aufmachung, Duktus und Umfang den Experten genauso ansprechen wie den „schnellen Leser“.

„Forum Bau und Raum“ wendet sich an eine breitere Fachöffentlichkeit: Es will keine Zeitschrift im herkömmlichen Sinne sein, sondern ein variabler Rahmen zur Diskussion unterschiedlicher Probleme, Aufgaben und Entwicklungen. Das farbige und abbildungsreiche Layout bietet den Rahmen für eine verständliche Auseinandersetzung mit Fragen des Planens und Bauens für alle, die damit zu tun haben, seien es Wissenschaftler oder Praktiker, Entscheidungsträger aus der Wirtschaft oder der öffentlichen Verwaltung. Ein wichtiges Ziel ist die Darstellung komplexer Sachverhalte in knapper, dabei möglichst anschaulicher Art und Weise.

Diese in loser Folge erscheinende Reihe versteht sich – im Wortsinne – als „Forum“ für unterschiedliche Auffassungen und Blickwinkel. In der Regel wird sie die Dokumentation einer Fachtagungen beinhalten. So auch die erste Ausgabe, in der ein zweitägiger Workshop, den das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung im letzten Jahr in Berlin-Schwanenwerder im Rahmen seiner „Bau und Raum Gespräche“ veranstaltet hat, zusammengefasst ist. Deren Fokus bildete Suburbia – mithin ein Phänomen, das Fragen der Gestaltung ebenso berührt wie solche der kommunalen Finanzen, der baurechtlichen Gegebenheiten und der regionalen Kooperation.

Suburbia fordert damit Experten und Akteure aus den unterschiedlichsten Disziplinen. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit der Suburbanisierung stand der damit verbundene Städtebau – doch nicht nur im Sin-

ne von Urban Design, sondern als Gesamtspektrum, mit Berührungspunkten zu Architektur, Wohnungswesen, Soziologie, Finanzen, Wirtschaft, Partizipation und Kooperation. Diese Bandbreite spiegelte sich in den drei Veranstaltungsblocken **Beteiligung und Kommunikation**, **Kosten** und **Qualität** wider. „Suburbia“ beschreibt die Entwicklung unserer Städte, die weit über sich hinausgewachsen sind und somit ihr Umland in Agglomerationen verwandelt haben. Es entstanden Einfamilienhausreservate, Büro- oder Medienparks, Tankstellen- und Möbelhausgefülle, die sich dem Zugriff einer gestaltenden Planung weitgehend entzogen haben.

Einhellig waren die Teilnehmer der Auffassung, dass die Dichotomie von „Zwischenstadt“ und „europäischer Stadt“, die den fachlichen Diskurs in der jüngeren Vergangenheit mit geprägt hat, eine bloß virtuelle und im übrigen nicht zielführend ist. Suburbia sei vielmehr integraler Teil dessen, was als Stadt-Region nur in einer ganzheitlichen Sichtweise zu behandeln ist. Neben kultur- anthropologischen Interpretationen einer „Suche nach dem Rand“, neben der Diskussion von Modellen stadtreionaler Kooperationen ging es auch um kommunalpolitische Entscheidungsprozesse sowie die Fortentwicklung des städtebaulichen Instrumentariums. Zugleich widmete man sich dem harten Faktor **Kosten** als inhärentem Entstehungs- und Beweggrund: Während die einzelnen Akteure, seien es nun Häuslebauer oder Gewerbetreibende, sich als Suburbanen einzelwirtschaftlich durchaus rational verhalten (können), schlagen die externen Effekte sich gesamtgesellschaftlich als negative Salden nieder. Zudem steigert die Siedlungsstruktur von Suburbia den Zeitaufwand zur Bewältigung alltäglicher Aktivitäten und erhöht somit den Druck auf den weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Dass jenseits des Citykerns schlagartig das gestalterische Interesse der Planer zu schwinden scheint, wurde als nicht akzeptabel angesehen: So gilt es denn, für Suburbia auch tragfähige räumliche Leitbilder zu entwickeln.

Noch sind die folgenden Schwerpunkte von „Forum Bau und Raum“ nicht festgelegt; aber es ist beabsichtigt, auch Themen wie „Hochhaus und europäische Stadt“ oder „Präqualifikation von Bauunternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“ zu diskutieren.



Die Veröffentlichung kann beim Selbstverlag des BBR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 018 88 – 401 22 92
E-Mail:
selbstverlag@bbr.bund.de
zum Preis von
6,00 Euro (zzgl. Versand) bezogen werden.

Ansprechpartner:

Ricarda Ruland
Referat II 3 „Architektur /
Baukultur, Wettbewerbe,
Zuwendungs-
maßnahmen“
Tel.: 018 88 – 401 23 01
Tel.: 018 88 – 401 15 49
E-Mail:
ricarda.ruland
@bbr.bund.de

Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag

Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31 - 37, 53179 Bonn
Telefon: 0 18 88 - 4 01 - 0
Telefax: 0 18 88 - 4 01 - 22 66
web: www.bbr.bund.de

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

G 7718 F

Verantwortlich

Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

Redaktionelle Bearbeitung

Gabriele Bockshecker

Druck

Dienstleistungszentrum Druck im BBR

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr. Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBR 2/ 2004 – Mai

ISSN 1434 – 9590



BBR-Jahrbuch Bau und Raum 2004 erschienen

Im April 2004 ist der sechste Band des Jahrbuchs Bau und Raum des BBR erschienen. In einer Mischung aus Fachbeiträgen zu aktuellen Bauten und Projekten des BBR gibt das Jahrbuch wieder einen Überblick über die vielfältigen Aufgaben des BBR.

Vorgestellt werden z.B. Auslandsbauten, so der Umbau und die Restaurierung der Deutschen Akademie „Villa Massimo“ in Rom. In Kiew ist – nach einem schwierigen Planungs- und Bauprozess – auf einem der wenigen freien Bauplätze der historischen Altstadt, eine neue Deutsche Botschaft entstanden. In Alexandria kann sich das Goethe-Institut in der restaurierten Patriziervilla der Gründerzeit wieder voll entfalten. Die Restaurierung des Palais Beauharnais in Paris wird begleitet durch eine wissenschaftliche Neukonzeption der Innenausstattung. Außerdem wird über den Wettbewerb für die Deutsche Schule in Genf berichtet.

Aktiv ist das BBR vor allem auch in Berlin. Mit der Fertigstellung des Pei-Baus, der neuen Ausstellungshalle des Deutschen Historischen Museums, ist ein wertvoller Baustein zur Wiederbelebung der historischen Mitte Berlins gelegt. Das Zusammenspiel des Neubaus mit dem barocken Zeughaus – einer Nachkriegsrekonstruktion – gibt Anregungen für die ausstehende Wiedergewinnung des Schlossplatzes. Der glasüberdachte Schlüterhof des Zeughauses ist ein gesuchter Schauplatz des neuen Berlins. Ein weiterer Beitrag widmet sich dem „Berliner Kulturforum“, dessen Zukunft in den

Händen des Landes Berlin und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz liegt. Es ist zugleich ein Beitrag zur Diskussion um das „Hochhaus in der europäischen Stadt“, die nicht nur Berlin beschäftigt, sowie zu den Möglichkeiten öffentlich-privater Partnerschaft. Bonner Projekte im Jahrbuch sind der Umbau des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit sowie die Sanierung des Auswärtigen Amtes und des Bundesrechnungshofs. Einen anderen Blick auf die Zukunft der Stadt wirft der Artikel „Stadtrückbau als Vorwärtsstrategie“. Angesichts schrumpfender Städte vor allem im Osten Deutschlands wird empfohlen, aus der Not eine Tugend zu machen: nicht „ungebremstes Wachstum“, sondern „geordneter Rückzug“. Vielen Städten im Osten mag angesichts wirtschaftlicher Not und Abwanderung keine andere Wahl bleiben. Aber ist der „Verzicht auf Wachstum“ wirklich eine ernsthafte Empfehlung?

Der Architekturkritiker Dieter Bartzko äußerte jüngst besorgt, dass dem „Stadtumbau“ in „schrumpfenden Städten“ nicht nur Plattenbauten, sondern auch „Altbauten selbst in Innenstädten“ zum Opfer fallen, und fürchtet, dass „mit Begrünung die klaffenden Lücken kaschiert, eine Praxis der ewig schwächelnden DDR wiederholt wird und Irrtümer des Westens nachgeholt werden“. Damit Irrtümer vermieden werden, wird das BBR „Innovative Projekte im Städtebau“ sammeln – vorbildliche Beispiele guter Städtebaupraxis.

Das Jahrbuch ist beim Ernst Wasmuth Verlag GmbH & Co Fürststraße 133 72072 Tübingen Tel.: 070 71 – 975 50-0 Fax: 070 71 – 975 50-13 www.wasmuth-verlag.de mit deutschem und englischem Begleittext erschienen. Es besitzt 160 Seiten mit 250 Abbildungen (davon 155 farbig). Es kann über den o.a. Verlag oder den Buchhandel bezogen werden. unverbindl. Preisempfehlung 34,80 Euro ISBN 3-8030-0640-6